

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 23.02.2010
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Herr Josef Berghaus	Schöppingen	
Herr Arno Berning	Raesfeld	Vertretung für Herrn Kappenhagen
Herr Reinhard Böcker	Ahaus	bis 19:30 Uhr (einschl. TOP 5)
Herr Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Herr Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Herr Eike Korte	Ahaus	
Herr Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Herr Manfred Kuiper	Heek	ab 19:30 Uhr (TOP 6) Vertretung für Frau Tanjsek
Herr Heinrich Lübbering	Vreden	
Frau Maja Saatkamp	Borken	
Herr Markus Schulte	Gronau	
Herr Alfons Seggewiß	Borken	Vertretung für Herrn Artmeyer
Frau Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Herr Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Frau Gerti Tanjsek	Bocholt	bis 19:30 Uhr (einschl. TOP 5)
Herr Friedhelm Weikamp	Rhede	
Herr Alfons Wissing	Schöppingen	

Gäste:

Frau Jutta Wilting	Bocholt
Herr Dieter Picklapp	Amprion GmbH, Dortmund
Herr Dr. Manfred Grauthoff	Unternehmensberatung für Energie und Umwelt, Bochum
Herr Jens Steinhoff	Institut für Regionalmanagement, IFR, Essen
Herr Hindrik Stegemann	Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH, Gescher

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Hubert Grothues
Herr Stefan Pelz
Frau Kordula Blickmann
Herr Roland Schulte
Frau Edith Gülker
Herr Richard Riedel
Frau Hiltrud Péron
Herr Peter Nattefort

Es fehlen entschuldigt:

Herr Ludwig Artmeyer	Bocholt
Herr Dirk Kappenhagen	Düsseldorf

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Garvert eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Besonders begrüßt sie Herrn Picklapp von der Amprion GmbH, der zu der geplanten 380-kV-Leitung berichten wird sowie Herrn Steinhoff vom Institut für Regionalmanagement und Herrn Dr. Grauthoff von der Unternehmensberatung für Energie und Umwelt, die das Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken vorstellen werden.

Frau Garvert stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Frau Garvert, dass zwei nach Versenden der Einladung vorgelegte Anträge der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen unter TOP 6 behandelt werden. Dagegen werden keine Einwendungen erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: 380-kV-Höchstspannungsfreileitung/ Höchstspannungserdkabel Vortrag von Herrn Dieter Picklapp, Amprion GmbH, Dortmund

Herr Picklapp informiert anhand einer Präsentation über die geplante teilweise Erdverkabelung für die 380-kV-Höchstspannungsleitung zwischen Wesel und Meppen (sh. Anlage 1).

Er betont, die Planung für die Erdverkabelung in den Bereichen Borken und Legden sei noch nicht konkret. Die bei der zur Zeit laufenden Planung für den Bereich Raesfeld gewonnenen Erkenntnisse sollten für diese Planungen genutzt werden.

Herr Picklapp reicht ein Querschnittsmodell eines Erdkabels durch den Ausschuss. Er erklärt, die Planung sehe vor, 6 Leitungen dieser Bauart in einem Abstand von 90 cm jeweils in Betonleerrohren zu verlegen. Dieser Abstand sei wegen einer zu erwartenden Wärmeentwicklung von 50 bis 70 °C erforderlich. Die Kabel würden in einer Tiefe von 1,40 m bis 2 m verlegt, damit sie eine landwirtschaftliche Nutzung oberhalb der Trasse nicht behinderten. Um die Kabel ins Erdreich führen zu können, seien pro Kabelstrecke zwei ca. 55 mal 75 Meter große Übergangsstationen nötig, die jeweils über ein rund 15 Meter hohes Portal zur Einleitung der Kabel verfügten. Alle 600 bis 800 Meter müssten die Erdkabel mit Muffen verbunden werden, weil längere Kabelstrecken wegen des hohen Gewichts des Kabels nicht machbar seien. Im Zuge der Bauarbeiten würden im Bereich Velen zwei existierende Freileitungs-Parallelstrecken zu einer zusammen gefasst. Ein Teil der bisherigen Strecke werde in diesem Bereich zurückgebaut.

Herr Grothues stellt im Anschluss an den Vortrag nochmals die Entwicklung in der Angelegenheit seit 2008 dar. Nach ersten Gesprächen zur Sache und der Verabschiedung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) durch den Bundestag habe der Kreistag eine Resolution mit der Zielrichtung einer teilweisen Erdverkabelung gefasst. Nach verschiedenen weiteren Gesprächen zwischen dem Landrat, den Bürgermeistern, den Bürgerinitiativen und der Amprion GmbH in den Jahren 2009 und 2010 sei das Verfahren in der von Herrn Picklapp beschriebenen Weise weiter geführt worden. Er weist besonders auf die öffentliche Informationsveranstaltung der Amprion GmbH am 24.03.2010 in Raesfeld hin. Das Unternehmen präsentiere die Planungen zunächst den betroffenen Grundstückseigentümern am 17. März in Raesfeld. Für die Bereiche Borken und Legden, so Herr Grothues, werde es zu einem späteren Zeitpunkt vergleichbare Informationsveranstaltungen geben.

Auf Nachfrage von Herrn Berning klärt Herr R. Schulte, die geplante Erdverkabelung habe keine Rückwirkung auf die momentan laufende Aufstellung des Landschaftsplanes „Raesfeld“.

Herr Picklapp erläutert auf Bitte von Frau Saatkamp, der Bau einer 380-kV-Freileitung koste rund 1 Mio. EUR je km. Die Kosten für eine Erdverkabelung schätze er unter Einbeziehung der zugehörigen Übergangsstationen in 4- bis 7-facher Höhe. Er ergänzt, die voraussichtliche Herstellungszeit für die Erdverkabelung Raesfeld betrage für die Übergangsstationen etwa 3 Monate und für die Erdverkabelung selbst rund 9 Monate (abschnittsweise).

Frau Tanjsek erkundigt sich, ob in Niedersachsen ebenfalls Teile der Leitung als Erdverkabelung geplant seien. Herr Picklapp antwortet, in Niedersachsen befinde man sich noch im Raumordnungsverfahren. Es sei jedoch wahrscheinlich, dass in der Nähe von Städten ebenfalls eine teilweise Erdverkabelung erfolgen werde.

Herr Elpers befürchtet, oberhalb der Erdverkabelung könne keine Landwirtschaft betrieben werden. Herr Picklapp entgegnet, auf dem 22,5 m breiten Schutzstreifen könne wie gewohnt gewirtschaftet werden. Lediglich ein Bewuchs mit Bäumen sei dort nicht zulässig.

Herr Picklapp antwortet auf eine Frage Herrn Fischers nach Leitungsverlusten bei Frei- und Erdleitungen, künftige Freileitungen verfügten über einen größeren Querschnitt als bisherige, daher seien die Leitungsverluste geringer einzuschätzen. Genauere Zahlen könnten in der Niederschrift nachgemeldet werden.

Herr Picklapp teilte inzwischen mit, ihm seien keine Erfahrungswerte bekannt, da die Verlustberechnung sehr stark von dem individuellen Aufbau der Strecke abhängig sei. Er habe aber eine Antwort auf eine Anfrage des deutschen Bundestages an Herrn Prof. Oswald von der Universität Hannover gefunden, in der das Thema abgehandelt werde. Dort heiße es: "Zu den Verlusten einer Kabelanlage tragen auch die eventuell erforderlichen Kompensationsspulen bei. Bei kompensierten Kabelabschnitten können deshalb die Gesamtverluste sogar größer als bei der Freileitung werden."

Herr M. Schulte bittet um Erläuterungen zu möglichen Einflüssen der zu erwartenden Wärmeentwicklung im Bereich der Erdverkabelung. Herr Picklapp gibt an, die Einflüsse seien geringer anzusehen als die der normalen Sonnenbestrahlung.

Da keine weiteren Fragen bestehen, schließt Frau Garvert die Diskussion und dankt Herrn Picklapp für seinen Vortrag.

Punkt 2: Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken
Vorlage: 0046/2010

Frau Garvert erinnert, dass das Klimaschutzkonzept bereits zum Ende der vergangenen Legislaturperiode im Umweltausschuss vorgestellt wurde und nun nochmals dem neu zusammen gesetzten Ausschuss sowie später dem Kreisausschuss und Kreistag präsentiert werde.

Sodann berichtet Herr Dr. Grauthoff zum Klimaschutzkonzept. Sein Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei. Darüber hinaus ist eine Zusammenfassung des Konzeptes als Anlage 3 beigefügt.

Nach Ende des Vortrages dankt Frau Garvert Herrn Dr. Grauthoff für seine informativen Ausführungen.

Auf Nachfrage Herrn Fischers erläutert Herr Grothues, im vorliegenden Klimaschutzkonzept werden internationale und nationale Klimaschutzziele auf den Kreis Borken herunter gebrochen. Zur Erreichung dort beschriebenen Szenarien sei ein Maßnahmenkatalog mit einer Priorisierung erarbeitet worden. Die Maßnahmenliste finde sich in der Sitzungsvorlage.

Frau Garvert weist darauf hin, dass die genannten Maßnahmen zunächst in die Kreisentwicklungsplanung einfließen und anschließend nochmals im Kreistag und seinen Gremien

beraten werden. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es nur um den Beschluss des Klimaschutzkonzeptes selbst.

Frau Saatkamp erkundigt sich, ob überprüfbare Zielgrößen definierbar seien. Frau Gülker erwidert, eine wiederkehrende Bilanzierung sei vorgesehen, allerdings nicht so aufwendig wie bei der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes. Durch den vorgesehenen Beitritt zum Klimabündnis könne man ein Modul zur Bilanzierung von Maßnahmen und deren Auswirkungen erhalten. Sie weist ergänzend darauf hin, dass die geplanten Maßnahmen in dem in der Liste aufgeführten Umfang nur unter der Voraussetzung einer Bewilligung von Bundesmitteln für zusätzliches Personal erfolgen könnten.

Frau Gülker informiert, die momentane Aktion der Haus-zu-Haus-Beratungen werde begeistert aufgenommen, auch der neue Bauratgeber finde überdurchschnittlich guten Absatz.

Hinsichtlich des Projektes Ökoprofit (Ökologisches Projekt für Integrierte Umwelttechnik) berichtet sie, auf Initiative der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und einiger Kommunen im Südkreis solle den Unternehmen im Kreis Borken in diesem Jahr erstmalig ein Durchgang von Ökoprofit angeboten werden. Ziel von Ökoprofit sei die wirtschaftliche Stärkung von Betrieben durch vorsorgenden Umweltschutz. Es sei ein Antrag an das Land zur Förderung des Projektes gestellt worden. Es werde eine 80%-ige Förderung in Aussicht gestellt. In einem Durchgang könnten 10-15 Unternehmen eingebunden werden.

Auf Frage von Herrn Berning antwortet Herr Grothues, der Kreis selbst prüfe ebenfalls die Optimierung seiner eigenen Gebäude. Bestandteil des in Kürze vorzulegenden Hochbauberichtes sei ein Energiebericht.

Abschließend dankt Frau Garvert nochmals allen Beteiligten für die Erarbeitung des Konzeptes. Sodann lässt sie über die Sitzungsvorlage abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Das Klimaschutzkonzept für den Kreis Borken wird beschlossen. Das Konzept fließt in die künftige Kreisentwicklungsplanung ein.

Punkt 3: Sachstandsbericht Abfallwirtschaft im Kreis Borken **Vorlage: 0043/2010**

Herr Stegemann berichtet anhand der Sitzungsvorlage über die Abfallwirtschaft im Kreis Borken. Er erläutert die Aufgaben der Entsorgungsgesellschaft, weist auf bestehende Entsorgungsverträge hin und unterrichtet über aktuelle Entwicklungen. Bei den genannten Zahlen zu den Abfallmengen 2008 und 2009 weist er darauf hin, dass der Rückgang der verarbeiteten Gewerbeabfälle auf Überkapazitäten bei Verbrennungsanlagen zurückzuführen sei. Diese hätten, um eine größere Auslastung zu erzielen, Mengen zu günstigeren Konditionen angenommen. Die geplante Nutzungsänderung für die Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage berücksichtige diese Entwicklung und verspreche im Ergebnis Kostenstabilität.

Nach Ende des Vortrages ergänzt Herr Grothues, hinsichtlich der bilanztechnischen und haushaltsrechtlichen Beurteilung der Rekultivierungsrückstellungen habe die Kreisverwaltung eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Die EGW habe ein neues ingenieurtechnisches Gutachten zur Ermittlung der zukünftigen Aufwendungen für die Nachsorge der stillgelegten Deponien in Auftrag gegeben. Herr Grothues weist darauf hin, dass die Abfallgebühren 2010 zunächst konstant blieben.

Zu der Mengenstatistik im Bereich Bioabfall aus gewerblichen Quellen erläutert Herr Stegemann auf Nachfrage Herrn Fischers, 2009 seien Fremdmengen aus anderen Bereichen, auch von Kommunen außerhalb des Kreises Borken verarbeitet worden.

Herr Weikamp erkundigt sich, ob für das Einsammeln der Abfälle eine zentrale Ausschreibung sinnvoll sein könnte. Herr Stegemann weist darauf hin, die Städte und

Gemeinden seien nach den rechtlichen Grundlagen für das Einsammeln und der Kreis für die Verwertung der Abfälle zuständig. Bei einer zentralen Ausschreibung für die Einsammlung von Abfällen seien zwar möglicherweise bessere Preise zu erzielen. Ein solches Verfahren berge allerdings auch Nachteile.

Frau Garvert weist darauf hin, diese Angelegenheit sei vom Ausschuss für Umwelt nicht zu regeln. Sie dankt Herrn Stegemann abschließend für seine Berichterstattung.

Der Sachstandsbericht zur Abfallwirtschaft im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Landschaftsplan "Velen"
Beschluss über die öffentliche Auslegung der noch nicht rechtskräftigen Festsetzungen
Vorlage: 0035/2010

Frau Garvert erläutert die Sachlage anhand der Sitzungsvorlage.

Herr R. Schulte erinnert daran, dass der Inhalt des Deckblattverfahrens in den vorherigen Beratungen auf breite Zustimmung gestoßen sei. Diese Planung solle nunmehr nochmals offen gelegt werden. Prinzipiell ändere sich nichts an dem im November 2007 beschlossenen Konsens.

Nach Ansicht von Frau Saatkamp sei es – auch im Hinblick auf die Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie – erstrebenswert, das Naturschutzgebiet „Bocholter Aa“ räumlich größer zu gestalten.

Herr R. Schulte entgegnet, es sei zwischen der Festsetzung eines Naturschutzgebietes und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu differenzieren. Die beiden Themen verhinderten und bedingten sich nicht gegenseitig. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gehe es darum, Kooperationen zwischen Wasser- und Bodenverbänden, Gemeinde und Flächeneigentümer zu schließen, um diesbezügliche Ziele zu erreichen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Frau Garvert über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die bislang nicht rechtskräftigen Festsetzungen

- Ziffer 2.1.2 Naturschutzgebiet „Bocholter Aa Velen-Borken“,
- Ziffer 2.2.2 Landschaftsschutzgebiet „Nordvelener Esch/Barger Esch“,
- Ziffer 2.2.3 Landschaftsschutzgebiet „Nordvelen/Lobbenberg/Dorenfeld/Hochmoor“,
- Ziffer 2.2.5 Landschaftsschutzgebiet „Waldvelen/Ramsdorf-Süd/Gemenkrückling/Sternbusch“,
- Ziffer 4.4 Fichten-Pappelbestand an der Bocholter Aa, südwestlich von Velen,
- Ziffer 4.6 Mischwald im Naturschutzgebiet Bocholter Aa und
- Ziffer 4.8 Pappel-Fichtenbestand an der Bocholter Aa

des Landschaftsplanes „Velen“ werden in der Zeit vom 12.04.2010 bis 11.05.2010 öffentlich ausgelegt (§ 27 c LG NW).

Punkt 5: Sachstandsbericht "Region in der Balance"
Vorlage: 0047/2010

Herr Grothues berichtet auf Grundlage der Sitzungsvorlage. Die Kreisverwaltung, so Herr Grothues, suche die öffentliche Diskussion in der Angelegenheit. Er weist in diesem Zusammenhang auf als Tischvorlage ausgelegte Zeitungsberichte zu der Thematik hin (sh. Anlage 4).

Zu den Möglichkeiten eines landschaftsrechtlichen Eingriffsausgleichs im Wald werde in Kürze auf den Internetseiten des Kreises berichtet.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung zur Konzeption zum Aufbau eines nachhaltigen regionalen Flächenmanagementsystems im Kreis Borken sowie der Stadt Ahaus und der Gemeinde Raesfeld wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2010 für das Budget 06 - Natur und Umwelt
Vorlage: 0034/2010

Da Frau Tanjsek die Sitzung aus persönlichen Gründen verlässt, wird sie für den restlichen Teil durch Herrn Kuiper vertreten. Frau Garvert verpflichtet Herrn Kuiper und die als Gast anwesende Frau Wilting als sachkundige Bürger im Ausschuss für Umwelt zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Handschlag auf die folgende Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, an dieser Stelle zunächst die beiden Anträge der SPD-Fraktion zu behandeln, werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 6.1: Melkhus
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.02.2010
Vorlage: 0059/2010

Frau Seidensticker-Beining stellt den Antrag vor. Sie weist auf eine als Tischvorlage ausliegende Übersichtskarte mit den Melkhusstandorten hin (Anlage 5). Für den Kreis Borken benennt sie den Komiesenpatt Oeding als mögliches Projektgebiet.

Herr Elpers bezweifelt das Interesse der hiesigen Landwirtschaft an dem Projekt. Auch Herr M. Schulte sieht das Melkhus-Projekt eher als private Initiative, die nicht durch den Kreis begleitet werden brauche. Diese Ansicht wird auch von Frau Garvert unterstützt.

Frau Seidensticker-Beining entgegnet, das Projekt sei im Kreis Wesermarsch nicht von privater Seite, sondern vom Kreis initiiert worden.

Frau Saatkamp erklärt, sie lehne den Antrag nicht ab. Sie hebt dabei den Ansatz der Direktvermarktung positiv hervor.

Frau Garvert lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: 6 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Der Antrag der SPD-Fraktion zum Melkhus-Projekt ist damit abgelehnt. Es wird zunächst keine Notwendigkeit gesehen, ein solches Projekt seitens des Kreises zu initiieren.

Punkt 6.2: Einsatz von Rangern in FFH Gebieten
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.02.2010
Vorlage: 0060/2010

Der Antrag wird von Frau Seidensticker-Beining vorgestellt. Sie erläutert, durch die Reduzierung der Anzahl der örtlichen Forstämter seien Förster sowie Natur- und Landschaftswarte freigestellt worden und würden nun berufsfremd eingesetzt. Sie regt an, die im Antrag genannten Funktionen könnten von diesen Personen wahrgenommen werden.

Herr Grothues stellt dar, die im Rahmen des Ziel-2-Projektes umgesetzten Maßnahmen seien bewusst so gestaltet worden, dass sie möglichst geringe Folgekosten nach sich zögen. Die Maßnahmen stellten eine Anschubfinanzierung dar, später anfallende Aufgaben sollten möglichst durch Dritte wahrgenommen werden. Für die Naturschutzgebiete im Kreis Borken sei dies hauptsächlich die Biologische Station Zwillbrock. Bezogen auf die angesprochenen Landesbediensteten äußert er, dem Kreis sei durch den Landesbetrieb Wald und Holz NRW bereits ein Mitarbeiter für das Tiergartenprojekt Raesfeld zur Verfügung gestellt worden.

Auch Herr R. Schulte bekräftigt, die Betreuung der FFH-Gebiete sei Inhalt des Ziel-2-Projektes. Die Biologische Station sei diesbezüglich stark eingebunden. Informationen, dass die Arbeiten von dort nicht geleistet werden können, lägen der Kreisverwaltung nicht vor.

Herr M. Schulte äußert, die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass die Untere Landschaftsbehörde des Kreises und die Biologische Station Zwillbrock die Betreuung der FFH-Gebiete ausreichend wahrnehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Frau Garvert über den Antrag abstimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

Anschließend wird der vorliegende Entwurf des Kreishaushaltes 2010 für den Bereich Natur und Umwelt produktweise behandelt.

Bei den messbaren Zielvereinbarungen des Produktes 06.01.01 soll im 2. Satz das Wort „suchen“ durch das Wort „finden“ als redaktionelle Änderung ersetzt werden.

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining zum Zuschuss an den Trägerverein Tiergarten Schloss Raesfeld (Produkt 06.01.01) antwortet Herr Grothues, aus der Zweckbindung der erhaltenen Landesmittel aus der Städtebauförderung ergebe sich die entsprechende Verpflichtung. Die entstehenden Kosten werden durch Trägerverein, Gemeinde Raesfeld und Kreis Borken gemeinsam getragen.

Herr Berning erkundigt sich, warum die Gebühren für die Genehmigung von Kleinkläranlagen (Produkt 06.02.01) nicht kostendeckend erhoben werden. Herr Pelz stellt klar, dass der Gebührenrahmen durch das Land festgelegt sei. Es handele sich nicht um eine Gebühr nach dem Kommunalabgabengesetz, die kostendeckend zu erheben ist.

Auf Frage von Frau Saatkamp erklärt Herr Pelz, der Kreis beteilige sich an dem Pilotprojekt „Schlinge“. Vergleichbare Projekte für andere Gewässer würden derzeit nicht behandelt.

Frau Saatkamp möchte wissen, warum trotz der Bemühungen hinsichtlich des sparsamen Flächenverbrauchs für die Kennzahl „Anzahl der Eingriffsvorhaben“ (Ziffer 06.03.01.21) kei-

ne sinkenden Werte angestrebt werden könnten. Herr R. Schulte entgegnet, die Anzahl der Eingriffe könne nur verringert werden, wenn die Zahl der Baumaßnahmen rückläufig sei. Hierauf habe die Verwaltung keinen Einfluss. Es sei noch keine Reduzierung zu erwarten.

Frau Seidensticker-Beining fragt, wo innerhalb der Produktgruppe 06.05 die Erträge der Entsorgungsgesellschaft aus der Gasproduktion der Deponien einfließen. Frau Blickmann antwortet, auf Grundlage der Verträge über den Betrieb der Deponien flössen diese Beträge nicht in den Kreishaushalt ein sondern fänden Berücksichtigung in der Gebührenkalkulation der EGW.

Zu den sinkenden Planzahlen bei Kennzahl 06.05.03.12 „Überwachungen von Gewerbe- und Industriebetrieben“ stellt Frau Blickmann auf Nachfrage klar, diese Aufgabe sei im Rahmen der Kommunalisierung des Umweltrechts neu übernommen worden. Die Zielwerte seien aufgrund der gewonnenen Erfahrungen angepasst worden.

Frau Garvert lässt über den Haushaltsentwurf 2010 für das Budget 06 abstimmen.

Beschluss:

9 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010 – bezogen auf den Fachbereich Natur und Umwelt - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2010 – Budget 06 “Natur und Umwelt” – zu verabschieden.

Punkt 7: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2010 für das Budget 08-Bauen, Wohnen und Immissionsschutz
Vorlage: 0044/2010

Der Entwurf des Kreishaushaltes 2010 für den Bereich Bauen, Wohnen und Immissionsschutz wird ebenfalls produktweise durch den Ausschuss behandelt.

Frau Saatkamp sagt, die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN befürworte, aufgrund der zu erwartenden umfangreichen Bauvorhaben den Ansatz 2010 für Gebühreneinnahmen im Produkt Untere Bauaufsicht (08.01.01) um weitere 100 T-EUR auf 1,4 Mio. EUR anzuheben.

Herr Riedel verdeutlicht, die Zahl der gestellten Bauanträge sei durch die Verwaltung nicht zu beeinflussen. Bei der im Haushaltsentwurf veranschlagten Erhöhung des Ansatzes von bisher 1,2 auf nun 1,3 Mio. EUR sei bereits ein Anstieg berücksichtigt. Eine weitere Erhöhung sei seiner Ansicht nach spekulativ.

Herr M. Schulte beantragt im Namen der CDU-Fraktion, den Haushaltsansatz 2010 für die Baugebühren wie im Haushaltsentwurf vorgesehen auf 1,3 Mio. EUR zu belassen. Frau Garvert lässt hierüber abstimmen.

Beschluss zu dem Antrag der CDU-Fraktion:

10 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Der im Haushaltsentwurf veranschlagte Ansatz für Baugebühren (Produkt 08.01.01) bleibt unverändert bei 1,3 Mio. EUR.

Nach Ende der weiteren Beratung lässt Frau Garvert über die Sitzungsvorlage zum Haushaltsentwurf für das Budget 08 abstimmen.

Beschluss: 9 Ja-Stimmen
7 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010 – bezogen auf den Fachbereich Bauen, Wohnen und Immissionsschutz - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2010 – Budget 08 “Bauen, Wohnen und Immissionsschutz” – zu verabschieden.

Punkt 8: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Grothues weist auf eine für die Ausschussmitglieder ausliegende Einladung zu einer Tagung zum Bodenschutz am 20.04.2010 hin. *Die nicht anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt haben diese Einladung auf dem Postweg erhalten.*

Für die kommende Sitzung des Umweltausschusses kündigt Herr Grothues eine Berichterstattung zum Wettbewerb „Naturpark 2012“ an.

Zu den bei der vergangenen Sitzung eingereichten Anfragen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Schliefanlagen, Viehbesatzzahlen und Greifvogelschutz im Kreis Borken liege jeweils eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage aus (Anlagen 6 bis 8 zur Niederschrift).

Da verschiedene Ausschussmitglieder über Probleme beim Aufruf von Sitzungsdienstdaten auf den Internetseiten des Kreises berichteten, weist Herr Grothues auf die Möglichkeit telefonischer Unterstützung durch die Kreistagsgeschäftsstelle (Tel. 02861/82-2110 oder 82-2112) hin.

**Punkt 10: Geplante Biogasanlage in Südlohn an der Robert-Bosch-Straße
Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.02.2010
Vorlage: 0072/2010**

Die Anfrage der SPD-Fraktion liegt als Tischvorlage aus (Anlage 9 zur Niederschrift).

Herr Grothues geht zunächst auf den in der Anfrage letztgenannten Punkt ein: Ein Bauantrag liege bislang nicht vor. Der Antragsteller beabsichtige, den Antrag so zu konzipieren, dass dieser den Vorgaben der Bebauungsplanung entspricht.

Anschließend erläutert Herr Grothues die erstgenannten Punkte der Anfrage: Das Gesamtkonzept der Anlage sei umfassend in der Presse dargestellt worden. Der Verwaltung lägen keine weiteren Informationen vor. Herr Riedel ergänzt, ein Vorgespräch zwischen Antragsteller und Verwaltung habe stattgefunden.

Die Einhaltung der gesetzlichen Mindestabstände, so Herr Grothues, werde Gegenstand des Antrages sein und durch entsprechende Gutachten nachzuweisen sein.

Zu dem Abwasser-Konzept erläutert Herr Grothues, nach derzeitigem Kenntnisstand beabsichtige der Antragsteller, das Abwasser so aufzubereiten, dass es in den Vorfluter eingeleitet werden kann.

Herr Grothues teilt mit, vor Vorliegen der Antragsunterlagen könne nicht beantwortet werden, ob die bestehenden Immissionsrichtlinien und –bestimmungen eingehalten werden.

Frau Seidensticker-Beining dankt für die Informationen.

Herr Grothues unterstreicht, die Verwaltung nehme die Sorgen der Bürger sehr ernst. Er weist aber nochmals darauf hin, dass eine Baugenehmigung eine gebundene Entscheidung darstelle. Sofern die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, sei der Antrag zu bewilligen.

Frau Seidensticker-Beining fragt abschließend, wie Geruchsbelästigungen gemessen und definiert werden könnten. Herr Riedel erläutert, hierzu könnten bei bereits vorhandenen Anlagen geprüfte Probanden eingesetzt werden. Im Genehmigungsverfahren werde der Nachweis durch Immissionsgutachten auf der Basis des Programms AUSTAL 2000 erbracht.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

Magdalene Garvert
Vorsitzende

Peter Nattefort